

Die vergessene Ebene des Falls Graichen

Welt, 19.05.2023, Daniel Wetzel

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus245396880/Agora-Energiewende-Die-vergessene-Ebene-des-Falls-Patrick-Graichen.html?cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft>

Die Entlassung des Chefplaners der Energiewende, Patrick Graichen, könnte im Ausland als Indiz des Scheiterns des ganzen Politikansatzes interpretiert werden

Patrick Graichen war der zweite Regierungs-Chefplaner, den die Nichtregierungsorganisation Agora Energiewende gestellt hat. Die Frage nach dem Einfluss von Agora ist wichtiger als dienstrechtliche Verfehlungen Graichens. Es geht um die Art, wie Deutschland Energiepolitik macht.

Die Entlassung des Planers der Energiewende aus dem Staatsdienst ist ein Paukenschlag, und er wird weit über die Landesgrenzen hinaus vernommen. Noch offen ist, welche Geschichte über den Sturz des Staatssekretärs Patrick Graichen künftig erzählt wird.

Welche Erzählung sich in den nächsten Wochen durchsetzt, ist allerdings entscheidend für die Frage, ob sich auch strukturelle Folgen für die Energiewende und damit die Wirtschaft insgesamt ergeben.

Auf der einen Ebene ist die Entlassung Graichens lediglich ein Stück über dienstrechtliche Verfehlungen und Vetternwirtschaft. Ein bloßer Bruch von „Compliance“-Regeln, wie Habeck das nennt.

Bleibt allein dies im Zentrum der öffentlichen Wahrnehmung hängen, werden die Folgen überschaubar bleiben: Fehler passieren, irren ist menschlich. Nichts, was man in einem Akt politischer Hygiene nicht bereinigen könnte. Graichens Dienstherr, Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) betonte diese recht einfache Dimension des Falls in seinen jüngsten Äußerungen.

Eine verständliche Reaktion. Denn in einer zweiten, wichtigeren Ebene geht es im Fall Graichen um die Chancen Habecks auf Kanzlerkandidatur und womöglich die erste grüne Kanzlerschaft in Deutschland. Die Opposition wurde ja nicht müde zu behaupten, dass der „Fall Graichen“ auch ein „Fall Habeck“ sei, der sein Haus nicht im Griff hat. In dieser Erzählung geht es um das Bild eines in einer Wagenburg verschanzten „Clans“ ökologischer Hardliner, die sich gegenseitig bestärken und Argumente, geschweige denn Kritik von außen gar nicht mehr wahrnehmen.

Diese Geschichte führt am Ende zu einem entweder beratungsresistenten oder falsch beratenen Energieminister Habeck. Ein Bild, das die Fehlentscheidungen des Ministers ein Stück weit exkulpiert, seine Chancen auf Kanzlerschaft allerdings verringert. Seine Berater bestimmt er schließlich selbst.

Hinzu kommt, dass die deutsche Energiewende im Ausland ohnehin weithin ungläubig verfolgt und oft belächelt wird: Die Entlassung des Chefplaners der Energiewende könnte im Ausland als Indiz des Scheiterns des ganzen Politikansatzes interpretiert werden und als Imageschaden auf Habeck zurückfallen.

Denn auf einer dritten Ebene, vielleicht der wichtigsten, geht es im Fall Graichen um die Art und Weise, wie in Deutschland Energiepolitik gemacht wird. Graichen ist nach Rainer Baake bereits der zweite Energiewende-Staatssekretär, der von der Nichtregierungsorganisation Agora Energiewende gestellt wird.

Was diese private „Denkfabrik“ denkt, setzen ihre Ex-Chefs im Ministerium direkt um. Bleibt das Narrativ eines einmaligen Ausrutschers im Vordergrund, ist nicht ausgeschlossen, dass Agora auch den nächsten Energiewende-Planer ins Wirtschaftsministerium schickt.

Die Frage, ob mit der Karriere des Patrick Graichen auch der Einfluss des „Systems Agora“ auf die deutsche Energiepolitik endet, hat allerdings weitreichende wirtschaftliche Implikationen. Denn Agora Energiewende ist zwar eine mit hoch qualifizierten Rechnern und Planern hervorragend ausgestattete Denkfabrik hoher Kompetenz.

Allerdings hat sie auch eine ganz eigene Sichtweise auf Energiepolitik – die nicht zwingend die beste sein muss. Agora Energiewende ist von niemandem gewählt, schreibt aber deutsche Energiegesetze, direkt oder indirekt.

Wie „tickt“ die Agora? Die Denkfabrik verfolgt einen Top-Down-Ansatz: Ausgangspunkt ist das Zieljahr der Dekarbonisierung. Von dem aus wird zurückgerechnet. Deutschland will früher als andere Länder der Welt dekarbonisiert sein, nämlich schon 2045. Eine rein politische Ambition, die allerdings nicht messbar zur Verzögerung Erderwärmung beiträgt.

Daraus folgt Zeitdruck, der zu schärfsten ordnungsrechtlichen Eingriffen zwingt. Weil Heizungen zum Beispiel im Schnitt eine Lebensdauer von 20 Jahren haben, dürfen 20 Jahre vor dem politisch gesetzten Zieldatum keine Gas- oder Ölheizungen mehr eingebaut werden.

Dieser an sich logische Gedanke steht hinter dem umstrittenen Gebäude-Energie-Gesetz der Bundesregierung, das als „Habecks Heiz-Hammer“ Furore machte. Das Problem: Der Top-Down-Ansatz der Agora verführt zu einer Politikberatung, die der rechnerischen Logik des Reißbretts folgt, aber an der facettenreichen, komplexen, heterogenen Realität der Straße – oder des Heizungskellers – scheitert.

So folgte aus der am grünen Tisch gewonnenen Erkenntnis nicht die Konsultation mit Heizungsbranche, Installateuren und Zulieferern. Sie mündet schlicht in einem gesetzlichen De-facto-Verbot von Gas- und Ölheizungen. Eine Denke, die wohl auch damit zusammenhängt, dass weder Baake noch Graichen eigene Erfahrungen in der Wirtschaft gesammelt hatten, sondern aus der Umweltbürokratie direkt zur Denkfabrik Agora und dann weiter ins Wirtschaftsministerium wechselten.

Für Agora ist nur die Energiewende entscheidend – um jeden Preis

Jegliches energiepolitische Handeln dient seither dem Ziel, Deutschlands CO₂-Emissionen netto auf null zu bringen. Während das deutsche Energiewirtschaftsgesetz das „Zieldreieck“ einer „sicheren, wirtschaftlichen und sauberen“ Energieversorgung anstrebt, ist für die Agora allein der letzte Punkt handlungsleitend.

Hinter vorgehaltener Hand galt Graichen etwa unter den Chefs großer Wohnungsbaukonzernen oder Heizungsbauern zuletzt als „Extremist“ oder „Radikaler“. Termine waren bei dem nicht mehr zu bekommen, der wollte nichts mehr hören.

Ihre Durchsetzungsmacht bezieht Agora Energiewende aus „Studien“, die praktisch die Umstellung aller Wirtschaftssektoren auf Ökostrom in Aussicht stellen. In Medien und Politik bleiben aufgrund der komplexen Problematik nur die vereinfachenden Überschriften hängen: Es geht doch. Man muss es nur wollen. Und wer nicht will, ist Teil eines böswilligen „fossilen Imperiums.“

Dabei werden die Prämissen solcher Studien nicht hinterfragt, schon allein, weil sich nur wenige unter einer Größe wie „Gigawatt“ etwas Konkretes vorstellen können. Man muss halt nur die Solarkapazität verachtfachen, die Sanierungsrate verdoppeln, den Energieverbrauch halbieren und praktisch die Weltproduktion an Lithium und Batterien für Deutschland aufkaufen. Wer einen Realitätscheck fordert, wird auf den oft missverstandenen Klimabeschluss des Bundesverfassungsgerichts verwiesen, der angeblich keine Kompromisse zulasse.

Die Folgen dieser Sichtweise sind für den Wirtschaftsstandort gefährlich geworden. Die britische Finanzagentur „Bloomberg New Energy Finance“ (Bloomberg NEF) – durchaus ein Protagonist ökologischer Energiepolitik – hat jüngst die Kosten der deutschen Energiewende in den kommenden acht Jahren auf eine Billion Euro berechnet. Die oft gehörte Behauptung, dies seien keine Kosten, sondern „Investitionen, die sich bald auszahlen“, bedarf noch einer Bestätigung.

Sicher ist aber: Das Geld muss erst einmal von irgendjemandem aufgebracht werden. Eine ausschließlich an Klimazielen ausgerichtete Energiepolitik, die auf dem Top-Down-Ansatz von Agora und dem daraus folgenden Staats-Interventionismus basiert, dürfte Schwierigkeiten haben, auch nur Ansatzweise so viel privates Kapital zu mobilisieren.

Das knappste Gut der Energiewende ist aber nicht Geld, sondern Investorenvertrauen. Ob die Energiewende noch gelingt, hängt damit entscheidend von der Frage ab, ob Habecks nächster Staatssekretär dem gleichen, falschen „Mindset“ des Vorgängers folgt.